

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Redaktion:
Gebr. Anhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Fringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schiffzeitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 30 mm breite Nonpareilzeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 168

Dresden, Mittwoch den 22. Juli 1925

36. Jahrg.

Das Zollkompromiß geschlossen!

D. Berlin, 22. Juli. (Eigener Fundpruch.) In später
Vormittags des Dienstags wurden die Verhandlungen der
Reichsregierung mit den Regierungsparteien über die Zoll-
vorlage mit einem Kompromiß abgeschlossen. Die Ge-
setze in der Sache sollen im Gesetz nicht mehr ent-
halten sein, aber durch eine bindende Abrede ersetzt werden,
wonach in Handelsvertragsverhandlungen ein Zollsatz von
3,50 M. für den Doppelzentner Weizen und 3 M. für den
Doppelzentner Roggen nicht unterschritten werden darf.
Praktisch bedeutet das vorerst die Inkraftsetzung der hohen
autonomen Zölle von 5 M. und 5,50 M., und es besteht keine
Angst, daß in nächster Zeit ihre Ermäßigung auf den ver-
alteten Mindestzoll eintritt. An Stelle der Getreide-
mindestzölle sollen

Mindestzölle auf Vieh und Fleisch

eingeführt werden. Die Regelung ist auf 2 Jahre gedacht.
Die Mindestzölle auf Vieh und Fleisch werden in der Höhe
der Vorkriegszölle festgelegt. Das Zentrum ist also unter
dem Druck seiner Interessenten in die Agrarfront ein-
gewandert und hat dem Schutzplan der Regierung grund-
sätzlich seine Zustimmung gegeben. Dies geschah gegen den
ausgesprochenen Widerstand der in den christlichen Gewerk-
schaften organisierten Arbeiter. Einer der Haupt-
treiber für das Zustandekommen des Zollkompromisses ist der
Leiter der christlichen Gewerkschaften, Adam Steger-
wald. Er ist nicht nur ein gehäffiger Gegner der Sozial-
demokratie, sondern auch des Volksblocks. Für den Prä-
sidentschaftskandidaten Marx hat er keinen Finger gerührt.
Zeit Wochen und Monaten ist er dabei, die Richtung Wirth
im Zentrum beiseite zu schieben und dafür die Richtung
Eberstadt-Bräuns mehr und mehr in den Vordergrund zu
rücken. Vereinzelt Abgeordnete im Zentrum sind sich der
offenen innerpolitischen Gefahren dieser Entwicklung bewußt.
Scheinbar können sich diese christlich demokratischen und
sozial gerichteten Elemente im Zentrum nicht mehr durch-
setzen.

Die Zustimmung des Zentrums zum Zollkompromiß
auf die Gegensätze zwischen Zentrum und Sozialdemo-
kratie vertiefen

und dafür den Regierungsblock vom Zentrum bis zu den
Rechten hinüber künftighin festigen. Die Sozialdemokratie
wird in der heutigen Sitzung des Handelspolitischen Aus-
schusses das Zollkompromiß zur Sprache bringen. Zugleich
mit dem Geschäftsabluß zwischen Reichsregierung und
Landwirtschaftlichen Parteien werden Bemühungen einsehen,
zunehmend die sachlichen Beratungen des Kartells mög-
lichst zu hintertreiben und den Widerstand der Sozialdemo-
kratie zu brechen. Es ist selbstverständlich, daß sich dagegen

die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Wehr setzen
wird.

Was Ranig rebete

Das sozialdemokratische Agrarprogramm

SPD. Die Regierung Luther hat geruht, am Dienstag im
Handelspolitischen Ausschuss, entgegen ihrer anfänglichen Ansicht,
doch noch ein paar Worte zu der Getreide-Enquete zu sagen. Sie
hatte hierzu den Grafen Ranig, aus Versehen Reichsernährungs-
minister, beauftragt. Er sprach in dem bei ihm gewohnten heraus-
fordernden Ton und brachte es fertig, das Ergebnis der Enquete
zur Verteidigung für die Mächtigkeit seiner Zollvorlage in An-
spruch zu nehmen. Anfanglich habe er dem Ausschuss mit Wohl-
trauen entgegengekommen, während er jetzt zu seiner Freude befestigen
müsse, daß durch den Ausschussbericht die ökonomischen Grundlagen
der Zollvorlage im großen und ganzen eine Rechtfertigung erfahren
haben. Graf Ranig hat schon oft versprochen, Zeugen für sich in
Anspruch zu nehmen, die sachlich seine Gegner waren. Seine Be-
hauptungen über den Verzicht des Enquete-Ausschusses übersteigen
in dieser Beziehung aber seine bisherigen Leistungen.

Eine Antwort auf diese „Stellungnahme eines Nach-
ministers“ zu der Getreide-Enquete blieb nicht aus. Der Demokrat
Dietrich wandte sich sogar scharf gegen Ranig und die geplante
Art von Zollschutz, die vor allen Dingen auf die Existenz der
kleinen Bauern nicht die geringste Rücksicht nehme, die Futtermittel
verteuere und die Preise für die notwendigen landwirtschaftlichen
Maschinen durch die Industriezölle erhöht. Frau Abg. Sander
(Soz.) hielt dem Minister entgegen, daß er aus dem Gutachten des
Ausschusses herausgeholt hat, was ihm angenehm war, während
er das einstimmige Endurteil außer acht ließ. In diesem
Urteil heißt es bezeichnend, daß ein lächerlicher Zollschutz der Wirt-
schaftsklasse Deutschlands nicht entspricht. Jedenfalls sei keineswegs
bewiesen, daß die Agrarzölle notwendig sind. Abschließend befaßte
sich Genossin Sander mit einem Agrarprogramm der so-
zialdemokratischen Fraktion, dessen wesentlicher In-
halt auf die Verringerung und den Abbau der Industriezölle auf
landwirtschaftliche Maschinen, Geräte und den dazugehörigen Ma-
schinen hinzielt. In ihm wird ferner die Einführung eines sach-
wissenschaftlichen Ausschusses gefordert, der prüfen
soll, ob nach dem 1. August 1926 die Einführung von Agrarzöllen
notwendig ist. Außerdem wird die Verringerung aller Getreide-
und Getreideerzeugnisse verlangt, durch die die Preise für landwirtschaftliche
Produkte unter den Weltmarktpreis gedrückt werden. Aufhebung
der Umsatzsteuer, Steuererhöhung aus der Differenz der Besteuerung
des Bodens unter Bevorzugung der besonders wichtigen Landwirte.
Aufbau des landwirtschaftlichen Kreditwesens, der Hochbildung und
Vererbung, des persönlichen Zusammenstufens, Durchführung der
verschärfte räumlich verproportionalen Bodenreform und Bevor-
zugung des bäuerlichen Familienbetriebes — sind die restlichen For-
derungen des sozialdemokratischen Agrarprogramms.

Im weiteren Verlauf der Debatte warf Dr. Rosen (Soz.)
die Frage auf, warum kein Ernährungswissenschaftler gehört wird,
der über die Wirkung der Zölle auf die gesundheitliche Lage der
Bevölkerung Auskunft geben kann. Er wies darüber hinaus selbst
nach, daß alle Verteuerungen in der Vergangenheit bisher immer
unheilvoll gewirkt haben und alle Maßnahmen zur Befreiung
der Volksgesundheit vergeblich sind, wenn die Zollvorlage nicht ver-
hindert werden könne. — Weiterberatung Mittwoch.

Der Weg zum Sicherheitspakt

Die deutsche Regierung ist für Weiterverhandeln,
wünscht aber Klarstellung zum Schiedsverfahren

Die von der Reichsregierung an Frank-
reich gerichtete Rückantwort auf die französische Antwort
zur Sicherheitsfrage über die Sicherheitsfrage ist
heute in allen Ländern der Öffentlichkeit übergeben worden.
Sie ist von großer politischer Bedeutung, da die Frage der
Sicherheitsgarantie das Friedensproblem in Eu-
ropa in seinem Kern trifft. Jede weitere Entwicklung
unser Außenpolitik — und auch die Außenpolitik der Ent-
entemächte — stößt auf die Fragen der Sicherheitsbürgschaft,
der Schiedsgerichtsverträge und des Völkerbundes. Deshalb
muß alles getan werden, um hier zu entscheidenden Ver-
handlungen zu kommen, die in einer Verständigung
und ihrer garantierten Sicherheit gipfeln.

Die Note der Reichsregierung führt diese Verstan-
digungsverhandlungen fort, allerdings nur recht bescheiden,
aber sie ermöglicht wenigstens weitere Besprechungen und
ein Näherkommen. Das Wesentlichste ist zunächst, daß die
Reichsregierung erneut am Abschluß gegenseitiger Sicher-
heitspakte und Schiedsverträge festhält, die die Westgrenzen
auf Grund des Versailler Vertrages anerkennen. Abände-
rungen durch friedliche Verständigung bleiben
natürlich möglich. Die Reichsregierung erhebt jedoch Ein-
wände in bezug auf die Form der von Frankreich ange-
deuteten Schiedsverträge, die nicht einseitige Auslegung
beim Feststellungsverfahren ermöglichen dürften. Das hier
in der Tat völlige Klarheit geschaffen werde, wird man
wünschen müssen. Die ersten Pariser Meldungen besagen,
daß der Weg dazu offen sei. Man sehe in Frankreich eine
Verständigung darüber als möglich an. Jedenfalls lauten
alle französischen Beurteilungen freundlich.

In der Frage des Beitritts zum Völkerbund
verhält sich leider die Reichsregierung immer noch störrisch,
doch behauptet sie sich den Weg nicht mehr, sondern scheint
einen Stein nach dem andern von dem Trennungswall
fallen zu lassen. Sie will wohl die Zögerung noch als Druck-
mittel benutzen, darf aber nicht mehr verkennen, daß der
Beitritt Deutschlands zum Völkerbund erst das ganze System
der Abkommen und Schiedsgerichte mit Leben, mit Sicher-
heit durchpulst. Geschehen in u. h. der Schritt!

Die deutsche Antwort verweigert manches, verdirbt je-
doch nichts, so daß sie wohl als ein weiterer kleiner Schritt
auf dem Wege zur Verständigung in Europa angesehen
werden kann. Es kommt nun alles auf den Geist an, in
dem die weiteren Handlungen geschehen. Hüben
und drüben! Die frühere Räumung des Ruhrgebietes
bezeugt Entgegenkommen Frankreichs, die Durchführung der
Entwaffnungsmassnahmen muß Deutschlands Bereitwilligkeit
bekunden. Der nächste Zug von drüben muß dann die Räu-
mung der Kölner Zone sein — und so Zug um Zug. Wird
das Kleine getan, so winkt das Große als Krönung. Das
sozialistisch denkende, schaffende Volk in jedem Lande verlangt
jedenfalls Verständigung und Sicherheitsgarantie.

Die Antwortnote der Reichsregierung

Die von der Reichsregierung Montag in Paris und
gleichzeitig in London, Rom und Brüssel überreichte Note
zur Sicherheitsfrage hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat die am 16. Juni überreichte An-
antwort auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar einer eingehenden
Prüfung unterzogen. Sie entnimmt aus der Antwort mit Be-
achtung, daß die französische Regierung und ihre Alliierten grund-
sätzlich bereit sind, die Festigung des Friedens gemeinsam mit der
deutschen Regierung auf dem Wege der Verständigung herbeizu-
führen und hierüber in einen gegenseitigen Meinungsaustrausch ein-
zutreten.

Die alliierten Regierungen wünschen aber vor der Einleitung
sachlicher Verhandlungen eine weitere Klärung der in dem deut-
schen Memorandum berührten Fragen und machen ihrerseits eine
Reihe konkreter Vorschläge, zu denen sie die Stellungnahme der
deutschen Regierung erbitten. Diese Vorschläge sind zwar auf den
Anregungen des deutschen Memorandums aufgebaut, geben diesen
Anregungen aber in wichtigen Punkten eine andre Richtung und
fügen zu ihnen auch neue Vertragskonstruktionen hinzu. Die deutsche
Regierung will in dem gleichen Geiste des Entgegenkommens und
der friedlichen Verständigung, aus dem ihre eigenen Anregungen
herbeigegangen sind, nachstehend ihre Ansicht über die alliierten
Vorschläge darlegen. Sie glaubt sich dabei jedoch auf eine allgemeine
Festsetzung zu einigen grundsätzlichen Fragen beschränken und ihre
Stellungnahme zu den Einzelpunkten bis zu den endgültigen Ver-
handlungen vorbehalten zu sollen.

Die alliierten Regierungen betonen in der Note vom 16. Juni,
daß die Regelung der Sicherheitsfrage keine Änderung der Fried-
ensverträge mit sich bringen dürfe. Die deutsche Regierung vermag
aus den Ausführungen der Note über diesen Punkt nicht ohne weite-
res zu erkennen, welche Absicht die alliierten Regierungen damit bezu-
folgen. Der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deut-
schen Anregungen skizziert wird, bedeutet keine Änderung der be-
stehenden Verträge. Es dürfte deshalb in dieser Hinsicht kein An-
laß zu besonderen Feststellungen vorliegen. Die deutsche Regierung
beraubt es hierbei als selbstverständlich, daß nicht etwa für alle
Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Ver-
träge auf dem Wege friedlicher Verhandlung in Form und Inhalt zu
geänderter Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen. Sie darf dar-
auf hinweisen, daß auch die Lösung des Völkerbundes derartigen
Notwendigkeiten Rechnung trägt.

Wenn die alliierten Regierungen zum Beispiel hervorheben,
daß der Sicherheitspakt die geltenden vertraglichen Bestimmungen

Werttätiges Volk Dresdens!

In ernster Stunde rufen die unterzeichneten Organi-
sationen die Dresdner Arbeiterschaft auf zum Protest gegen
den geplanten Brotwucher. Bevor der Reichstag in die
Sommerferien geht, soll er die Zollvorlage beraten.

So will es die Reichsregierung Luther-Schiele
und die ihr treu ergebenen bürgerlichen Parteien.

Der Zolltarif, den der Ernährungsminister Graf
Ranig im Auftrage des schwarzweißen Blocks zur An-
nahme empfiehlt, ist ein Mundraubgesetz allerersten
Rangs. Das schwer erarbeitete trockene Brot des kleinen
Mannes soll um ein Vielfaches verteuert werden. Fleisch,
Eiweiß, Gemüse, ja alles, was der Mensch zum Leben ge-
braucht, soll mit einem so hohen Zollsaß belegt werden, auf
den es dem Arbeiter in Zukunft fast unmöglich ist, die not-
wendigsten Lebensmittel kaufen zu können.

Wohl- und Lebensmittelzölle, verlängerte Arbeits-
zeit und niedrige Löhne

Das Wirtschaftsprogramm jener Parteien, die vorgeben,
für das deutsche Volk zu arbeiten, erretten uns nicht.

Es sind das dieselben Parteien, die erst vor wenigen
Tagen in der Aufwertungsfrage die kleinen Gläu-
biger und Spärer so schändlich betrogen haben und sich nicht
schämen, ab 1. April 1926 eine hundertprozentige Friedens-
rente zu fordern. Alle Gräueltaten, welche die Sozialdemo-
kratie und die freien Gewerkschaften gegen die
Lebensmittelzölle der Reichsregierung und den bürgerlichen
Parteien unterbreiteten, sind bisher unbeachtet geblieben. Die

Regierung will die Brot- und Lebensmittelvertuerung im
Interesse der Junker und Großkapitalisten.

Was aus den Millionen Männern und Frauen
des Proletariats werden soll, darüber macht
sich diese Rechtsregierung nicht die geringsten
Kopfschmerzen.

Diese „nationale“ Regierung treibt mit den Lebensinteressen
der Arbeiterschaft ein freiblatiges Spiel. Die Reichs-
regierung Luther-Schiele ist die Regie-
rung des Hungers und Massenelends.

Der jämmerliche Kampf, den die Sozialdemokratie gegen den
Brotwucher im Reichstage führt, muß unterstützt werden
durch Massen- und Protestkundgebungen der gesamten er-
werbstätigen Bevölkerung.

Arbeiter, Angestellte, Beamte und vor allem ihr Haus-
frauen, wehrt euch gegen die schwarzweißen Schutzjäger
und Brotverweerer! Im Kampf gegen die Schutzjäger muß
die gesamte werktätige Bevölkerung einig und geschlossen
aufmarschieren

Freitag den 24. Juli, nachm.
5 1/2 Uhr, auf dem Wiener Platz

Ein hellausendstimmiger Ruf muß der Regierung und den
Parteien des Rechts Hindenburg in die Ohren klingen:

Weg mit allen Lebensmittelzöllen!

Auf zum Kampf gegen den Lebensmittelwucher!

Einheitsfront des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Afa-Bund, Ortskartell Dresden.
SPD, Groß-Dresden.

Uebersetzungen

Verkaufsstelle
Dresden
Raben & Comp.
Nr. 1208